

**Antrag vom 20.03.2026**

Eingang bei: L/OB

Datum: 20.03.2026

## Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Betreff

Stuttgarts Wärmewende braucht Planungssicherheit – Möglichkeiten nutzen um den GEG-Rückschritt zu verhindern

### Wir beantragen:

1. Die Grundsatzabteilung Klimaschutz berichtet zeitnah im AKU, wie die geplante Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sich auf unser Stuttgarter Klimaneutralitätsziel, den Rückbau des Gasnetzes und unsere kommunale Wärmeplanung auswirkt.
2. Die Verwaltung gibt zudem eine belastbare Bewertung ab, ob rechtlich oder auf anderem Wege noch gegen die geplante Änderung vorgegangen werden kann.
3. Der Gemeinderat fordert Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper auf, im Städtetag die Einwände von Stuttgart gegen die Änderung vorzubringen.

### Begründung:

Die geplante Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) erweist Kommunen einen Bärendienst, denn die vorliegenden Gesetzesänderungen der schwarz-roten Bundesregierung sind nicht mehr als ein Rückschritt ins fossile Zeitalter – auf Kosten von Wirtschaft, Bürger\*innen und Klimaschutz. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird ausgebremst, sozialgerechte Regelungen werden gestrichen, Klimaziele ausgehöhlt – und die Kommunen mit den Folgen allein gelassen. Profitieren werden vor allem Öl- und Gaskonzerne – Zuspruch kommt wenig überraschend von der AfD. Neben neuen Abhängigkeiten von Öl und fossilem Gas droht eine Heizkostenfalle für Millionen Haushalte: perspektivisch wird es für Verbraucher\*innen teurer. Wie fatal dies ist, zeigt sich umso mehr in den vergangenen Tagen durch das Kriegsgeschehen im Nahen Osten. Für uns ist klar, dass die Landeshauptstadt sich zeitnah und deutlich gegen diese geplante Reform positionieren und alle – auch rechtlichen – Möglichkeiten prüfen muss, um die Neuregelung abzuwenden. Denn das neue Gesetz hat auch konkrete Folgen für Stuttgart. Es gefährdet unsere kommunale Wärmeplanung, weil verlässliche Grundlagen fehlen. Investitionen in Wärmenetze und die Transformation bestehender Gasnetze werden erschwert. Auch städtische Förderprogramme müssten neu bewertet werden. Zudem konterkariert der Bund mit der Novelle die

kommunale Energie- und Wärmewende und gefährdet Stuttgarts  
Klimaneutralitätsziel und Wärmeplanung.

Gez.

Björn Peterhoff Andrea Münch

**Anlage/n**

Keine